

GEW warnt vor System-Burnout in Kitas

geschrieben von Redakteur | Februar 21, 2022



Bildungsgewerkschaft sieht Situation in Kindertagesstätten am Kipppunkt

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnt die Bundesregierung, die Empfehlungen des Robert Koch-Institutes für die Kindertagesstätten (Kita) schnell umzusetzen. Zudem seien die Kommunen sowie freie und konfessionelle Kita-Träger mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, damit diese ihre Beschäftigten schützen können und so das Vertrauen in die Arbeitgeber wieder gestärkt wird. „Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) muss jetzt handeln“, sagte Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, mit Blick auf den heute tagenden Corona-Kita-Rat. „Die Situation in der frühkindlichen Bildung ist bundesweit dramatisch. Es darf kein Tag mehr verschenkt werden, sonst droht ein System-Burnout.“

Kaum Schutz für pädagogische Fachkräfte

Laut Siebernik sei die Erschöpfung der Kita-Teams, der Fachkräfte und Leitungen groß und lege sich wie ein bleierner Nebelschleier über den Alltag in den Einrichtungen. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten ein Gefühl des „Ausgeliefertseins“. Nach wie vor könnten sich Erzieherinnen und Erzieher wegen des engen Kontakts zu den Kindern weder durch Abstandhalten noch mit Masken schützen. Gleichzeitig gebe es vielfach negative Rückmeldungen, weil die Lolli-Tests nicht verlässlich genug seien. „Die Situation, dass die Eltern nicht nur mit falsch positiven Ergebnissen umgehen müssen, sondern zunehmend auch mit falsch negativen, ist für alle frustrierend“, sagt Siebernik. „Nur wenn die Rahmenbedingungen der Beschäftigten in den Einrichtungen stimmen, kann qualitativ gute Arbeit geleistet werden und die Kinder fühlen sich wohl und geborgen wie in einer kleinen Familie.“

Hintergrund

Der Corona-Kita-Rat wurde als Fachgremium während der Pandemie eingerichtet. Er soll die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen begleiten und die bundesweite Situation bewerten. Auf dieser Grundlage berät er die Bundesregierung.